Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

die **Verfassung des Landes Brandenburg** sagt im **Artikel 47(Wohnung)**

„Das Land ist verpflichtet, im Rahmen seiner Kräfte für die Verwirklichung des Rechts auf eine angemessene Wohnung zu sorgen, insbesondere durch Förderung von Wohneigentum, durch Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, durch Mieterschutz und Mietzuschüsse.“

Das ist die Theorie – eine gute Theorie. Praxis entsteht aber vor Ort. In jedem Dorf, in jeder Stadt, auch in unserer Stadt. Fachdiskussionen der letzten Wochen haben bestätigt, dass es **keine** einheitlich brandenburgische Sachlage gibt.

Heute können wir noch ganz allgemein feststellen, dass Wohnen in Cottbus bezahlbar ist. Wuchermieten haben uns **noch** nicht erreicht. Es ist allerdings schwer zu prognostizieren, wie sich die Ausweitung des sogenannten Berliner Speckgürtels auf unsere Stadt auswirken wird. Da spielen dann auch Fragen der Entwicklung der Bodenpreise eine Rolle.

Wie in den Workshops zum Wohnungskonzept festgestellt, fehlt es in Cottbus heute, rein rechnerisch, nicht an bezahlbaren kleinen Wohnungen.

Etwas schwieriger wird es schon, wenn größere Wohnungen für Geringverdiener gesucht werden. Das ist die Momentaufnahme von heute.

Der Fraktion DIE LINKE geht es mit dieser aktuellen Stunde und allen unseren Bemühungen in dieser Richtung, aber um die Zeit in 5, 10 oder 15 Jahren. Politik darf sich nach unserer Auffassung nicht nur an Wahlperioden orientieren. Es gibt viele Themen, die weiter in der Zukunft zur Wirkung kommen **aber** heute angefasst werden müssen.

Wenn keine Gegensteuerung passiert, werden wir ab 2028 keine Wohnung mit Belegungsbindung mehr in der Stadt haben.

Ja, die GWC beachtet das in aktuellen Planungen – aber wird das den Bedarf decken? Es kommt, und da sind sich Fachleute einig, dazu, dass die Platte, die ja den größten Teil der bezahlbaren Wohnungen abdeckt, so nicht ewig im Spiel bleibt. Schon heute sind Wohnungen in den oberen Geschossen schwer zu vermieten. Das zieht, auch aus wirtschaftlichen Gründen, Abriss nach sich. Zu all diesen Aufgaben kommt auch noch die absolut notwendige Beachtung der Barrierefreiheit in der Wohnraumbereitstellung. Die Zahl der Personen im höheren Lebensalter wächst, wird in den 30er Jahren wahrscheinlich über 31.000 Einwohner betragen.

Welche Forderungen müssen von hier aus an die Förderpolitik des Landes gehen? Baukosten steigen aus verschiedensten Gründen. Keine Gesellschaft, egal ob kommunal, genossenschaftlich oder kapitalbasiert kann den Ausgleich durch höhere Mieten anderen Nutzern auf Dauer überhelfen. Hier kann nach unserer Auffassung das Solidarprinzip nur bedingt greifen. Wie wird es aber in Zukunft aussehen? Wie gelingt es uns, mit dem stetigen Konflikt zwischen Wohnen als „Zuhause“ und Wohnen als „Geschäft mit der Immobilie“ umzugehen.

Egal, wie man zu den Mechanismen des Marktes und ihren Wirkungen politisch steht – eins ist klar:

damit können nicht alle Probleme, hier jetzt die Fragen der Wohnraumversorgung, sozial ausgewogen, geregelt werden. Hier braucht es politische Steuerung, auch kommunalpolitische.

Wir beginnen uns jetzt mit dem zu befassen, was leichthin oder bedeutungsvoll mit „Strukturwandel“ bezeichnet wird. Große Themen, wichtige Themen. Themen die unsere Stadt, unsere Region zunehmend bewegen werden und die Auswirkungen auf alle hier lebenden Menschen haben. Wenn die positiven Szenarien greifen, werden wir als Stadt Zuwanderung erleben, auch Zuwanderung von Fachkräften und ihren Familien. Das wäre gut so und wir sind gemeinsam daran, die notwendigen kommunalpolitischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehört auch Wohnraum in verschiedenen Qualitäts- und Preisstufen.

In Cottbus leben aber auch heute schon Menschen, denen es materiell nicht besonders rosig geht und die z.T. auch mit ganz privaten Sorgen in die Zukunft blicken.

Ich (und vielleicht sie auch) weiß von Frauen und Männern für die das Thema Altersarmut sehr konkret ist. Wenn die Rente mal unter 1000,- Euro liegen wird (ob Brutto oder Netto macht hier nicht mehr viel aus) weiß man, dass es sehr knapp wird. Wenn dann aber rund die Hälfte davon für Wohnkosten draufgehen, wird es wirklich eng, besonders für Alleinstehende.

Was ist die Altersarmut in Deutschland?

Als arm gilt, wer ein Haushaltsnettoeinkommen bezieht, das unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt – in **Deutschland** entspricht dies monatlich 1.035 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt und 1.553 Euro für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen. Jeder vierte Arme ist Rentnerin oder Rentner.

Wie viele Deutsche leben an der Armutsgrenze?

Laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2017 **leben** 15,7 Prozent der Bevölkerung in Armut oder an der **Armutsgrenze**. Das sind knapp 13 Millionen Menschen. Zum Vergleich: Im Jahr 2002 galten hierzulande noch 12,7 Prozent aller Einwohner als arm. Die Armut in **Deutschland** wächst.

Entsprechend dem Mikrozensus Brandenburgs hatten 2019 rund 20% aller Einwohner ein Haushaltseinkommen unter 1.500 € Netto. Das sind sicherlich in großer Zahl Seniorinnen und Senioren. Die Zahl wächst – zwar langsam, aber stetig.

Ministerin Nonnemacher hat am Montag u.a. darauf hingewiesen, dass 2030 rund die Hälfte aller Seniorinnen und Senioren eine monatliche Rente unter 1.000,- € haben werden.

Zahlen für Cottbus sind nicht gesondert erhoben, aber die Landeszahlen dürften übertragbar sein.

Das bundesweit agierende Pestel-Institut hat verschiedene Kommunen untersucht. Sie gehen davon aus, dass in Cottbus um das Jahr 2030 herum rund 17.000 Seniorinnen und Senioren Renten erhalten, die unterhalb der Armutsgrenze liegen. Unsere Frage, die uns heute gemeinsam in dieser Aktuellen Stunde bewegen soll, lautet:

Wird es dann für diese Menschen genügend bezahlbaren Wohnraum geben?

Machen wir es noch konkreter: Selbst wenn die Zahl nur halb so groß sein sollte, müssen wir dann immer noch mehrere tausend Wohnungen vorhalten, die in einem entsprechenden Mietsegment liegen.

Und, machen wir uns nichts vor – Menschen mit Wohnraum zu versorgen bleibt letztlich so oder so an der Stadt hängen. Die Kosten der Unterkunft, egal ob für Hartz IV – Empfänger oder Empfänger der Grundsicherung – die Kosten der Unterkunft trägt die Kommune.

Sehr geehrte Damen und Herren,

soweit mein Versuch, die Aufgaben in einem konkreten, für einen Teil unserer Stadtbevölkerung existentiellen Feld, zu beschreiben.

Da Antworten auf komplexe Probleme höchst selten einfach zu finden sind, stellen wir Fragen in den Raum:

1. Cottbus verfügt momentan noch über einen Bestand an relativ preiswerten Wohnungen. Wie wird sich der Bestand entwickeln? Sind die Plattenbauten der 70-er und 80-er Jahre des vorigen Jahrhunderts ökonomisch sinnvoll zu erhalten? Wie sollte hier das Verhältnis von Abriss und Neubau sein?
2. Wie können wir sichern, dass auch in zehn Jahren genügend Wohnungen zur Verfügung stehen, die der sogenannten Sozialbindung oder Belegungsbindung unterliegen?
3. Können wir Wohnungen entwickeln, die preiswert errichtet werden und dennoch vernünftigen Standards entsprechen?
4. Können neue Wohnformen bei der Problemlösung helfen?
5. Wie gelingt es uns Tendenzen der Segregation heute schon erfolgreich entgegen zu wirken?
6. Wie können neben der GWC die anderen Anbieter eingebunden werden?

Bei tiefer gehender Beschäftigung mit dem Thema werden mit Sicherheit weitere Fragen auftauchen, die beantwortet werden müssen.

Wir sehen darin eine bedeutende Aufgabe für die Stadtverwaltung, die haupt- und die ehrenamtliche, und für die städtischen Unternehmen. Lassen Sie uns es gemeinsam bearbeiten.

Schlusswort: (nach Gedächtnis – da spontan formuliert)

Dank an Beteiligte

1. Zeitliche Verschiebung seit November 2020 hat den Vorteil, dass inzwischen durch Arbeitsgruppen „Empirika“ und „Baulandmodelle“ viele Erkenntnisse zur aktuellen Situation herausgearbeitet
2. Aber – insgesamt gute Situation in der Wohnraumversorgung darf nicht Blick auf die Zukunft verdrängen. Der Blick ist schwierig, aber möglich. Entwicklungen in der Demografie und bei den Renten zeichnet sich ab. Die soziale Komponente in der Wohnungsbereitstellung muss im Auge behalten werden
3. Ja, gibt verschiedene Zielgruppen und damit auch verschiedene Interessenlagen. DIE LINKE wird dabei immer insbesondere die Menschen und ihre Wohnsituation im Auge behalten, die materiell nicht gut gestellt sind. So gemeinsam an die Zukunftsaufgabe herangehen.